



Niko Hatakka

Die Profiteure der Angst?

Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise
in Europa

Finnland

EUROPA

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

EUROPA

Europa braucht Soziale Demokratie!

In welchem Europa wollen wir leben? Wie können wir unsere europäischen Träume von Freiheit, Frieden und Demokratie auch gegen innere und äußere Widerstände verwirklichen? Wie können wir die Soziale Demokratie stark in Europa positionieren? Diesen Fragen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Reihe »Politik für Europa«. Wir zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Sozial-ökologische Transformation
- Zukunft der Arbeit
- Frieden und Sicherheit

In Veröffentlichungen und Veranstaltungen greifen wir diese Themen auf. Wir geben Impulse und beraten Entscheidungsträger_innen aus Politik und Gewerkschaften. Wir treiben die Debatte zur Zukunft Europas voran und legen konkrete Vorschläge zur Gestaltung der zentralen Politikfelder vor. Wir wollen diese Debatte mit Ihnen führen in unserer Reihe »Politik für Europa«!

Über diese Publikation

Dieser Aufsatz analysiert, wie die finnischen Rechtspopulisten und extreme Rechte auf den Umgang der Regierung mit der COVID-19-Pandemie reagiert haben. Die rechtspopulistische Finnen-Partei blieb in ihrer Kritik vergleichsweise zurückhaltend. Ihre wohlfahrtchauvinistische Kritik an den EU-Wiederaufbaufonds und den pandemiebedingten hohen Ausgaben der finnischen Regierung hat sie inhaltlich in die Nähe der konservativen Parteien gerückt.

Über den Autor

Dr. Niko Hatakka ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Politikwissenschaft und Internationale Studien der Universität Birmingham und leitender Wissenschaftler am Zentrum für parlamentarische Studien der Universität Turku.

Für diese Publikation sind in der FES verantwortlich

Dr. Philipp Fink ist Leiter des FES-Büros in den nordischen Ländern.

Dr. Thomas Manz ist Leiter des Büros der FES in Frankreich.

Dr. Tobias Mörschel ist Leiter des Büros der FES in Italien.

Die Profiteure der Angst?

Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise in Europa Finnland

Als die finnische Regierung im Frühjahr 2020 beschloss, den internationalen Reiseverkehr zu stoppen, lachten die Minister_innen. Vor knapp einem Jahr hatten die Sozialdemokraten (Suomen Sosialidemokraattinen Puolue) die rechtspopulistische Finnen-Partei (Perussuomalaiset) mit einem Vorsprung von einem Parlamentssitz für die Bildung einer Mitte-Links-Koalitionsregierung mit dem Grünen Bund (Vihreä liitto), dem Linksbündnis (Vasemmistoliitto), der Finnischen Zentrumspartei (Suomen Keskusta) und der Schwedischen Volkspartei Finnlands (Ruotsalainen kansanpuolue) gewonnen. Die Ironie der Entscheidung, die internationale Mobilität in einem noch nie dagewesenen Ausmaß einzuschränken, entging der Parteiführung der Regierungsparteien nicht: Während die wichtigste Anti-Immigrationspartei des Landes fest in der Opposition saß, war es eine linksgeführte Regierung, die die Grenzen tatsächlich schloss.

Die Bemühungen der finnischen Regierung, die erste Welle von COVID-19 einzudämmen, wurden als Erfolg gewertet, da die Zahl der Infektionen und Todesfälle in Finnland vergleichsweise niedrig geblieben ist. Im März rief die Regierung den Ausnahmezustand aus und verhängte strenge Restriktionen, z. B. die Einstellung der meisten internationalen Reisen, die Schließung von Schulen, das Verbot von Zusammenkünften von mehr als 10 Personen, die Verhinderung nicht notwendiger Reisen in die und aus der Region Uusimaa, die die finnische Hauptstadt umgibt, und die Empfehlung, von zuhause aus zu arbeiten.

Nachdem der Ausnahmezustand im Mai aufgehoben worden war, wurde die Verantwortung für öffentliche Reaktionen auf möglicherweise erneut auftretende lokale Epidemien auf regionale Gesundheitsbeamte übertragen. Sie haben die Umsetzung einer Strategie fortgesetzt, die auf breit angelegten Tests und der Verfolgung und Eindämmung von Infektionen beruht. Mit dem Beginn der zweiten Infektionswelle wurden im Herbst die Einreisebeschränkungen wieder eingeführt.

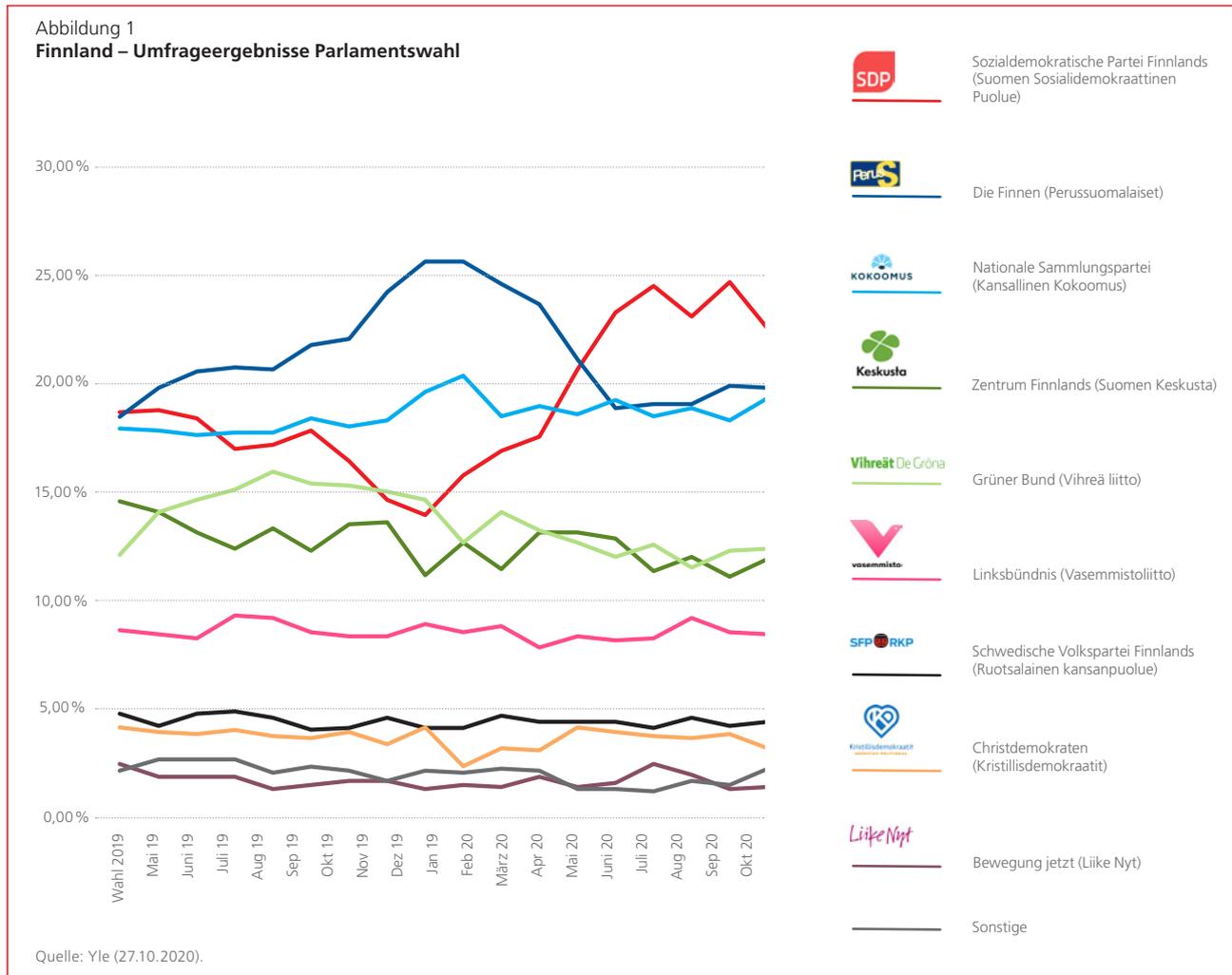
Wie hat die einzige rechtspopulistische finnische Parlamentsfraktion auf die Krise der öffentlichen Gesundheit und das Vorgehen der Regierung während der ersten Welle des Virusausbruchs reagiert? Was sagen uns die Mitteilungen der Finnen-Partei über die Rolle von COVID-19 beim Eintreten für populistische rechtsradikale Forderungen? Und wie wurden die Bemühungen der Partei, während der Krise moderat zu bleiben, durch rechtsextreme Online-Kommunikation beein-

trächtigt, die sich der Kontrolle der Organisation der Finnen-Partei entzieht?

GELASSENE REAKTIONEN DER FINNEN-PARTEI AUF EINSCHRÄNKUNGEN

Die Finnen-Partei ist die einzige rechtspopulistische Partei im finnischen Parlament. Seit 2011 gehört die Partei zu den drei größten Parlamentsfraktionen und hat derzeit 39 Abgeordnete im 200 Sitze zählenden Eduskunta. Nach einer erfolgreichen Erneuerung der Parteiführung im Jahr 2017 und anschließender umfangreicher programmatischer Arbeit hat sich die Partei ideologisch den europäischen Rechtspopulisten angenähert, konnte aber bei den Parlamentswahlen 2019 ihren Rückhalt bewahren. Die derzeitige Regierung, die von progressiven linken Umweltschützern geführt wird, hat der Finnen-Partei das perfekte Ziel für rhetorische Angriffe aus der Opposition geboten. Folglich genoss die Finnen-Partei vor der Pandemie mit über 24 Prozent in den Umfragen ihre bisher höchste Unterstützung. In den ersten Monaten der Pandemie verlor die Partei jedoch fast sechs Prozentpunkte an Unterstützung in den Umfragen, da sich die Wähler um die Führung von Premierministerin Sanna Marin zu scharen schienen. Bis zum Herbst 2020 hat sich die Unterstützung der Partei bei 19 Prozent stabilisiert, was in etwa der Anzahl der Parlamentsmandate entspricht. Somit hat sich die Krise der öffentlichen Gesundheit nicht als eine lähmende Krise für die Unterstützung der Finnen-Partei herausgestellt.

Die Reaktionen der zentralen Parteiorganisation auf den Umgang mit der Gesundheitskrise sind relativ ruhig und gemäßigt geblieben. Auf ihren offiziellen Plattformen haben die wichtigsten Entscheidungsträger_innen der Partei die Strategien der Regierung zur Eindämmung der Infektionsrate nicht groß angegriffen und die meisten Einschränkungen der Regierung sogar als unerlässlich angesehen. Die Partei hat es auch unterlassen, die Befolgung der Empfehlungen der Gesundheitsbehörden als eine Frage der Ideologie darzustellen, da ein solches Streben im finnischen Kontext völlig unverantwortlich erscheinen würde. Tatsächlich hat die Partei bspw. eine umfassende Maskenempfehlung (Perussuomalainen 2020a) weitgehend befürwortet. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern, in denen Masken zu politischen Symbolen geworden sind und das Tragen oder Verweigern einer Maske als politischer Akt betrachtet werden kann, hat sich die öf-



fentliche Gesundheitskrise in Finnland während der ersten Welle nicht so polarisiert.

Da die finnische Regierung innerhalb der Grenzen des Notstandsgesetzes und der Verfassung eher autoritäre Maßnahmen ergriffen hat, hatte die Finnen-Partei wenig Spielraum, strengere Einschränkungen der Freiheiten der Bürger_innen zu fordern, um die finnische Bevölkerung zu schützen. Der Fraktionsvorsitzende der Partei hatte jedoch im Frühjahr die Idee, breitere Unternehmensschließungen durchzuführen, um „die Epidemie zu ersticken“ und um eine schnellere Wiedereröffnung der Wirtschaft zu ermöglichen, anstatt die milderen Beschränkungen schrittweise aufzuheben (Perussuomalainen 2020b). Außerdem wollten die Politiker_innen der Partei die Dauer der Uusimaa-Sperre (die Region um Helsinki) verlängern und deuteten sogar Hoffnungen auf die Übernahme der operativen Führung der Regierung durch den Präsidenten an (Suomen Uutiset 2020a; Suomen Uutiset 2020b), obwohl beide Maßnahmen nicht nur autoritär, sondern auch verfassungswidrig gewesen wären. Ungeachtet dessen haben die meisten Kritikpunkte der Partei an den Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionsrate die Strategie der Regierung nicht direkt in Frage gestellt, sondern sich beispielsweise darauf gestützt, auf Mängel und Inkonsistenzen in der Kommunikation der Regierung hinzuweisen und die geschei-

terten Versuche des Staates zu kritisieren, Schutzausrüstung von angemessener Qualität zu beschaffen (Perussuomalainen 2020c).

DEZENTRALISIERTE ONLINE-KOMMUNIKATION UND AMBIVALENZ DER PARTEIHALTUNGEN

Eine der Erklärungen für die Zurückhaltung der Finnen-Partei bei der Kritik am Umgang der Regierung mit der Epidemie ist das anhaltende Streben der Partei, ihre Legitimität als verlässlicher Regierungspartner wiederzuerlangen, die sie nach dem Führungswechsel 2017 verloren hat. In der Anfangsphase der Pandemie forderte Parteichef Jussi Halla-aho Parteimitglieder_innen und Aktivist_innen sogar dazu auf, die Regierung nicht unnötig zu kritisieren und an einer „sachlichen Politik“ festzuhalten (Halla-aho 2020). Da die Online-Präsenz der Partei jedoch stark von dezentralisierter Online-Kommunikation abhängt, die es der Partei ermöglicht, vor allem bei kontroversen Themen ambivalente Positionen einzunehmen, waren einzelne Politiker_innen und Aktivist_innen der Partei wesentlich konfrontativer, wenn es darum ging, das Vorgehen der Regierung in Frage zu stellen. Dennoch hat die Partei eine breite journalistische und staatsbür-

gerliche Kontrolle über die Beteiligung einzelner Politiker_innen der Finnischen Partei, z. B. an der Verbreitung von Online-Desinformationen im Zusammenhang mit COVID-19, vermieden.

Das Coronavirus hat die finnische außerparlamentarische extreme Rechte, die aus mehreren kleinen rechtsradikalen und rechtsextremen Organisationen und losen Bewegungen besteht, die von Machtkämpfen, organisatorischem Durcheinander und ideologischer Inkohärenz geplagt sind, nicht wesentlich mobilisiert. Anders als in Deutschland hat es in Finnland keine nennenswerten Demonstrationen gegen die Verhängung von Restriktionen und Empfehlungen durch die Regierung oder Gesundheitsbehörden gegeben. Daher waren die Chancen der Rechtsextremen, sich bereits mobilisierte und popularisierte Symbole und Plattformen für umstrittene Aktionen anzueignen, marginal. Trotz klarer Verschwörungstheorien über COVID-19, die in bestimmten finnischen rechtsextremen Online-Publikum kursieren, ist das Engagement und die wahrgenommene Verbindung der Finnen-Partei mit solchen Desinformationen dünn geblieben.

Die zentrale Organisation der Partei war jedoch nicht in der Lage, die gesamte Online-Kommunikation einzudämmen, die zumindest als unwissenschaftlich angesehen werden könnte. So gründete zum Beispiel ein Abgeordneter der Partei eine Facebook-Seite zur Verbreitung von Informationen über das Virus, aber die Gemeinschaft wurde schnell von falschen Informationen durchsetzt, darunter die berüchtigt weit verbreitete Verschwörungstheorie über 5G-Masten. Eine weitere organisatorische Verbindung zu konspirativen Online-Inhalten war die Unterstellung des Parteipapiers, dass die Strategie der Regierung, die Kurve abzuflachen, als Mittel interpretiert werden kann, absichtlich an einer notwendigen Anzahl von Neuinfektionen festzuhalten, um die Fortsetzung der Notstandsbefugnisse der Mitte-Links-Regierung zu sanktionieren (Perussuomalainen 2020d).

PARTEIIDEOLOGIE DURCH KRITIK AN ÖFFENTLICHEN AUSGABEN NEU AUSGERICHTET

In der akuten Phase der Krise liefen die von der Finnen-Partei diskutierten Themen – Einwanderung und die Integrität der nationalen und kulturellen Souveränität – Gefahr, als irrelevant zu erscheinen. Dies erforderte von der Partei eine Neuausrichtung ihrer Kommunikation und seit April hat die Partei die Krise bewundernswert konsequent genutzt, um für die politischen Kernforderungen der Partei einzutreten. Die Partei hat dies erreicht, indem sie sich nicht auf die politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Umgang mit der Epidemie, sondern auf deren wirtschaftliche Folgen konzentriert hat. Genauer gesagt hat sich die Partei eine wirtschaftlich rechte Rhetorik bezüglich der fiskalischen Verantwortung und der Gefahren der Verschuldung zu eigen gemacht, um sich insbesondere für wohlfahrtschauvinistische, wirtschaftlich nativistische, euroskeptische und populistische Ideen einzusetzen. Laut der Abgeordneten Lulu Ranne zum Beispiel „benutzt die Regierung die Krise als Trojanisches Pferd voller ideologischer Wagnisse, die unsere Wirt-

schaft endgültig vernichten werden“ (Suomen Uutiset 2020c). Die hohen Kosten und lang anhaltenden wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise wurden daher dazu benutzt, um für Haushaltskürzungen bei der Einwanderungs- und Entwicklungshilfe zu plädieren, ein Gefühl der Dringlichkeit in Bezug auf die fiskalische und politische Souveränität Finnlands zu erzeugen und das Bewusstsein zu fördern, dass linke politische Eliten es nicht wert sind, Macht auszuüben.

Die zunehmende Abhängigkeit der Finnen-Partei von der Krisierung überhöhter Ausgaben ist das Ergebnis der anhaltenden Neuausrichtung der Partei auf die wirtschaftliche Rechte in Verbindung mit dem Nativismus, der zu einem Hauptmerkmal der Parteiideologie geworden ist. Aufgrund des wirtschaftlichen Mitte-Links-Hintergrunds der Partei und der historisch wertvollen Rolle des Wohlfahrtsstaates in der finnischen Politik hat die Partei die inkongruente Position eingenommen, den Wohlfahrtsstaat zu loben und gleichzeitig eine starke Reduzierung des öffentlichen Sektors zu fordern. Um die Tragfähigkeit der Verschiebung der Partei in Richtung der wirtschaftlichen Rechten zu gewährleisten, war die Mobilisierung wohlfahrtschauvinistischer Argumente erforderlich, die darauf hindeuten, dass ein funktionsfähiger Wohlfahrtsstaat die Beendigung der schädlichen Einwanderung voraussetzt. Als beispielsweise die Regierung aufgrund der Corona-Krise beschloss, 75 Euro zur monatlichen Basissozialhilfe hinzuzufügen, kritisierten die Abgeordneten der Finnen-Partei diese Entscheidung mit dem Argument, dass die Erhöhung überproportional Einwanderern zugute käme (Suomen Uutiset, 2020d). Die Forderung, Sozialleistungen für das finnische Volk zu reservieren, erleichtert den rhetorischen Wechsel der Partei hin zur Unterstützung von Sparmaßnahmen und einem kleineren Staat, was es der Partei wiederum ermöglicht, sich mit der finnischen Mitte-Rechts-Partei, insbesondere mit der Nationalen Sammlungspartei (Kansallinen Kokoomus), anzunähern. Dies hat der Finnen-Partei geholfen, während der Corona-Krise sowohl nativistische als auch allgemein rechte sozialpolitische Positionen zu vertreten, ohne notwendigerweise die sozioökonomisch linken Wähler_innen der Partei zu entfremden, die nach wie vor einen erheblichen Teil der Unterstützung der Partei ausmachen.

POPULISTISCHE DARSTELLUNG DURCH KRISE ERMÖGLICHT

Anders als in einigen anderen Ländern hat die Krise auf der Ebene der finnischen Parlamentsfraktionen nicht zu einer Zunahme offen rassistischer oder fremdenfeindlicher Positionen geführt. Einige der Forderungen der Finnen-Partei, z. B. hinsichtlich der Einstellung einzelner Flüge mit einer hohen Zahl von Ausländer_innen und der Bevorzugung finnischer Arbeitnehmer_innen aufgrund des Coronavirus, enthielten jedoch starke Elemente des ethnischen Nativismus, insbesondere wenn sie auf Online-Plattformen präsentiert wurden. Generell hat die hohe Ausstrahlung der wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen und die Abhängigkeit der Regierung von Schulden es der Partei ermöglicht, ihre populistische Darstellung einer polarisierten finnischen Gesellschaft, die von der

so genannten „Grünen Linken“ angegriffen wird, in die Tat umzusetzen. Die Partei hat immer wieder besonders linke oder „aufgeweckte“ Hilfsaktionen als unnötig hervorgehoben, um die Regierung als moralisch korrupt und ihre Ziele als unvereinbar mit denen der schweigenden Mehrheit darzustellen. Die Partei hat auch die Massenmedien angegriffen, weil sie in ihrer Berichterstattung über die Krise voreingenommen seien. Zum Beispiel hat der Fraktionsvorsitzende der Partei die Medien dafür kritisiert, dass sie einen „Personenkult“ um die Führung von Sanna Marin geschaffen hätten, „um die gefährliche grün-linke Ideologie zu verbergen, die die gewöhnlichen arbeitenden Menschen an den Rand drängt“ (Perussuomalainen 2020e).

Daher hat das Coronavirus der Finnen-Partei nicht nur die Möglichkeit gegeben, für die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen und wirtschaftlichem Nativismus in der nahen Zukunft zu argumentieren, sondern es hat der Partei auch diskursive Kontexte und Plattformen geboten, um die ideologischen Inhalte des Populismus darzustellen. Mit anderen Worten: COVID-19 als ein äußerst öffentlichkeitswirksames Hybrid-Medienereignis hat es der Finnen-Partei – einer etablierten parlamentarischen Kraft mit einer entwickelten Parteiorganisation – ermöglicht, die Eliten immer wieder als des Vertrauens des Volkes unwürdig zu bezeichnen, Volksnähe zum Ausdruck zu bringen und die Wiederherstellung der Volkssouveränität zu fordern. So fasst es der Parteisekretär Simo Grönroos zusammen: „Die Regierungsparteien drängen auf eine schädliche Einwanderung, eine übermäßige strenge Klimapolitik, eine industriefeindliche grüne Besteuerung und EU-Pakete, die Milliarden Euro des finnischen Volkes zur Unterstützung anderer Länder umlenken. Deshalb ist es nicht glaubwürdig, dass eben diese Parteien (...) eine Politik anstreben, die das Wohlergehen des finnischen Volkes unterstützt.“ (Suomen Uutiset 2020e)

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTLICHE UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN ALS UMGANG DER FINNISCHEN SOUVERÄNITÄT

Die europäischen wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen haben sich als ein Segen für die Finnen-Partei erwiesen. Als einzige euroskeptische Partei in Finnland hat die Partei die Teilnahme Finnlands am kollektiven Rettungspaket der EU, das eine erneute kolossale Forderung nach noch mehr europäischer Solidarität beinhaltet, zutiefst verurteilt. Während sich die Partei bei der Kritik an politischen Entscheidungen zum Umgang mit der Epidemie zurückgehalten haben mag, haben die Politiker der Partei keineswegs gezögert, das Paket als Verlust der finnischen Souveränität an versteckte föderalistische Ziele zu kritisieren. Dabei haben die Politiker der Partei einen Großteil der klassischen euroskeptischen Rhetorik wiederentdeckt, die die Partei in den ersten Jahren der Krise in der Eurozone anwandte und die der Partei ursprünglich den Auftrieb gab, eine feste Position im finnischen Parteiensystem zu institutionalisieren. Dadurch hat die Partei beispielsweise die Verteidigung des hart arbeitenden finnischen Steuerzahlers gegen die Last der Verantwortungslosigkeit, Desorganisation und Faulheit der südeuropäischen Länder neu belebt.

Obwohl die Finnen-Partei offiziell nur eine weiche euroskeptische Politik präsentiert hat, bedient sie sich vor allem online und bei der Ansprache in den eigenen Reihen überwiegend harter euroskeptischer Rhetorik. Das Bemühen der Partei, auf verschiedenen Diskussionsforen eine wechselnde Kombination aus hartem und weichem Euroskeptizismus zu verwenden, hat sich während der Corona-Krise gezeigt. In dieser Mehrdeutigkeit laufen auch die diskursiven Wege der Finnen-Partei und der finnischen außerparlamentarischen Rechtsextremen im Kontext von COVID-19 zusammen. Die einzige bedeutende Demonstration im Zusammenhang mit dem Coronavirus wurde Anfang September gegen das europäische Hilfspaket und für den Austritt Finnlands aus der Europäischen Union organisiert. Einer der Redner_innen auf der Demonstration war ein (derzeit ausgeschlossener) Abgeordneter der Finnen-Partei. Mehrere andere Abgeordnete der Partei schienen ihre Solidarität mit zumindest einem Element des Protests in den sozialen Medien zu zeigen. An der Demonstration nahmen Aktivist_innen mehrerer außerparlamentarischer populistischer rechtsradikaler und rechtsextremer Gruppen sowie alternativer Online-Medien teil.

Drei Wochen nach dem Protest startete die Jugendorganisation der Finnen-Partei eine Bürgerinitiative für ein Referendum über die Teilnahme Finnlands an dem Hilfspaket. Die Initiative, die von mehreren hochrangigen Politikern der Finnen-Partei unterstützt wurde, nahm sehr schnell Gestalt an. Innerhalb von nur vier Tagen nach dem Start erhielt die Initiative die erforderlichen 50.000 Unterschriften, um in das Parlament eingebracht zu werden. Trotz der Tatsache, dass die Proteste und die Bürgerinitiative ihre Forderungen höchstwahrscheinlich nicht durchsetzen werden, zeigen sie, dass die wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 eine Nachfrage und Plattformen für einen härteren Euroskeptizismus geschaffen haben, zu dem sich die Finnen-Partei durchaus geneigt sieht.

AUF DEM WEG ZUR ANNÄHERUNG MIT DER RECHTEN MITTE

Ein bedeutender Teil der journalistischen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit in Bezug auf das Verhältnis von COVID-19 und der extremen Rechten hat sich auf Online-Verschwörungstheorien und so genannte „Fake News“ als Faktoren für die Institutionalisierung rechtsradikaler Forderungen konzentriert (z. B. Ketchell 2020). Die Reaktionen der Finnen-Partei auf das Virus zeigen jedoch, dass populistische rechtsradikale politische Positionen wirksam gefestigt werden können, ohne sich auf leicht anfechtbare Desinformation und subversive Politikstile zu verlassen. Im Fall von COVID-19 hat sich die Kernorganisation der Finnen-Partei aktiv darum bemüht, eine Synergie zwischen ihrer Botschaft und der der rechtsextremen Onlinekommunikationsstrategie zu vermeiden. Stattdessen hat sich die Partei darauf konzentriert, ihre etablierte parlamentarische Position, die Parteimedien, die Präsenz in den sozialen Medien und den Zugang zu den nationalen Mainstream-Medien zu nutzen, um auf die Ausgabenüberschreitung der Regierung hinzuweisen und für Haushaltsdisziplin, Nativismus und nationale Souveränität zu plädieren. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Folgen des Virus

sind die Rhetorik und die Plattformen, die die Finnen-Partei zur Formulierung ihrer Kernagenda verwendet, also nicht die der extremen Rechten, sondern die der rechten Mitte.

Die offensichtliche Verbindung zu extremistischen und verwerflichen Aktionen – wie die absichtliche Verbreitung von Desinformationen über ein tödliches Virus – wirkt sich vor allem in Mehrparteiensystemen tendenziell nachteilig auf die Chancen politischer Parteien aus, ihre Ziele zu verwirklichen. Obwohl das heutige Mediensystem die Sedimentierung rechtsradikalen Gedankenguts in parlamentarischen Institutionen unterstützt, obliegt es diesen Institutionen nach wie vor, zu unterscheiden, inwieweit insbesondere autoritäre und nativistische Forderungen die Gesetzgebung beeinflussen können. Die Institutionalisierung populistisch-rechtsradikaler politischer Forderungen hängt also nicht so sehr davon ab, ob digitale Medien ihre Präsenz und gesellschaftliche Verfügbarkeit erhöhen, sondern vielmehr von der Bereitschaft vor allem der rechten Mitte, sich mit der populistischen radikalen Rechten zu legitimieren und mit ihr zu regieren.

Die aktuellen Regierungschancen der Finnen-Partei im Jahr 2023 hängen weitgehend von den finnischen Mitte-Rechts-Parteien ab. Die Staatsausgaben der gegenwärtigen Regierung haben in der Koalitionspartei fast das gleiche Niveau an Ablehnung erreicht, so dass die Finnen-Partei mit ihren Forderungen nach Sparmaßnahmen nicht allein steht. Die anhaltende Verschiebung der Partei von der linken Mitte hin zur wirtschaftlichen Rechten hat es der Finnen-Partei erleichtert, eine gemeinsame Basis mit der rechten Mitte zu finden. Die autoritären Ansichten der Partei über die Rechte von Einwanderern, der inoffiziell vermittelte ethnische Nativismus und die zunehmend härtere euroskeptische Rhetorik werden die Regierungsverhandlungen jedoch erschweren, selbst wenn die Finnen-Partei haushoch gewinnen sollte. Wie dem auch sei, solange die Finnen-Partei ihren ethnischen Nativismus abmildern und davon absehen kann, offiziell unverhohlenen EU-feindliche Ansichten zu vermitteln, werden die finnische Mitte-Rechts und die populistische radikale Rechte wahrscheinlich eine Front gegen einen vermeintlich aufgeblähten öffentlichen Sektor und die Linke bilden. Sollte sich ein solches Bündnis bilden, würde es zweifellos zur Institutionalisierung einer Reihe populistischer rechtsradikaler Forderungen führen.

Die Linke sollte sich nicht zu sehr um eine extreme Rechte kümmern, die stilistisch und ideologisch zu kontrahegemonial ist, um Macht zu erlangen. Stattdessen sollte sich die Linke vor einer extremen Rechten hüten, die von der rechten Mitte immer schwerer zu unterscheiden ist. Eine solche extreme Rechte trägt die Farben der Hegemonie, wodurch ihre Bestrebungen Wirklichkeit werden können.

Literatur

Halla-aho, Jussi (2020): Katse pallossa myös kriisiaikana, in: Perussuomalainen, 4/2020.

Ketchell, Misha (2020): Coronavirus and conspiracies: how the far right is exploiting the pandemic, in: The Conversation, <https://theconversation.com/coronavirus-and-conspiracies-how-the-far-right-is-exploiting-the-pandemic-145968> (27.10.2020).

Perussuomalainen (2020a): Juvonen vaatii tiukempia toimia: Hallituksen annettava suositus maskeista heti, in: Perussuomalainen, 5/2020.

Perussuomalainen (2020b): Koronan tukahduttaminen on paras vaihtoehto, in: Perussuomalainen, 5/2020.

Perussuomalainen (2020c): Hallitus tuputti myyttitarinoita – Todellisuus oli toista, in: Perussuomalainen, 4/2020.

Perussuomalainen (2020d): Sairastutetaanko ihmisiä, että voidaan pitää valmiuslain pykälää voimassa?, in: Perussuomalainen, 4/2020.

Perussuomalainen (2020e): Kuoliaksi verottaminen ja valtiontalouden tuhoaminen on lopetettava, in: Perussuomalainen, 8/2020.

Suomen Uutiset (2020a): Junnila: 'On käsittämätöntä miten kaikenlaiset someprofessorit oikein kilpailevat, miten voivat vaikeuttaa taudin torjuntatoimia', in: Suomen Uutiset, <https://www.suomenuutiset.fi/junnila-on-kasittamatonta-miten-kaikenlaiset-someprofessorit-oikein-kilpailevat-miten-voivat-vaikeuttaa-taudin-torjuntatoimia/> (27.3.2020).

Suomen Uutiset (2020b): Tavio ihmettelee, miksi Suomi ei ole pystynyt käynnistämään sairaalatarvikkeiden massatuotantoa, in: Suomen Uutiset, <https://www.suomenuutiset.fi/tavio-ihmettelee-miksi-suomi-ei-ole-pystynyt-kaynnistamaan-sairaalatarvikkeiden-massatuotantoa-nopealla-aikataululla-tilanne-ollut-tiedossa-jo-aika-pitkaan/> (3.4.2020).

Suomen Uutiset (2020c): Hallitus puhuu koronasta – käyttää rahat ideologiaan, in: Suomen Uutiset, <https://www.suomenuutiset.fi/hallitus-puhuu-koronasta-kayttaa-rahat-ideologiaan/> (21.8.2020).

Suomen Uutiset (2020d): Tavio: Hallituksen esittämää koronatukea valuu suhteellisen paljon sosiaaliturvan varassa eläville maahanmuuttajille, in: Suomen Uutiset, <https://www.suomenuutiset.fi/tavio-hallituksen-esittamaa-koronatukea-valuu-suhteellisen-paljon-sosiaaliturvan-varassa-elaville-maahanmuuttajille/> (2.9.2020).

Suomen Uutiset (2020e) Hallituspuolueet ajavat haittamaahanmuuttoa, viherveroja ja EU-tukipaketteja – Grönroos: Ei ole uskottavaa, että samat puolueet edistäisivät kuntatasollakaan suomalaisten hyvinvointia, in: Suomen Uutiset, <https://www.suomenuutiset.fi/hallituspuolueet-ajavat-haittamaahanmuuttoa-viherveroja-ja-eu-tukipaketteja-gronroos-ei-ole-uskottavaa-etta-samat-puolueet-edistaisivat-kuntatasollakaan-suomalaisten-hyvinvointia/> (27.10.2020).

Yle (2020) Yles partimätning: <https://svenska.yle.fi/artikel/yles-partimatning> (27.10.2020).

Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

IMPRESSUM

© 2020

FES Rom in Kooperation mit FES Paris.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Titelmotiv: ©Noé

Gestaltungskonzept: www.bergsee-blau.de

Umsetzung/Layout: www.zumweissenroessl.de

EUROPA

Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise

Die COVID-Krise hat in vielen Ländern Europas zu einem Vertrauenszuwachs in die Regierungen geführt. Die zur Bekämpfung der Pandemie verordneten Einschränkungen persönlicher Freiheitsrechte, Kontakt- und Ausgangssperren, der Lock-down weiter Bereiche der Wirtschaft sowie die vielerorts erweiterten Exekutivrechte fanden vor allem zu Beginn der Krise weithin Zuspruch und Akzeptanz. Mit der Fortdauer der Einschränkungen über Wochen zeigten sich jedoch zunehmend Tendenzen zu einem neuen Anwachsen von Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber den Regierungen; in manchen Ländern – wie Deutschland – kam es auch zu Protestaktionen. Zudem blieben Fake News und Verschwörungstheorien nicht ohne Einfluss auf die öffentliche Debatte.

Analysen aus Schweden, Finnland, Italien, Frankreich, Spanien und Deutschland, alles Länder mit starken oder wachsenden rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien, gehen der Frage nach, ob der Rechtspopulismus in Europa von der Corona-Krise profitieren konnte. Eine Zusammenfassung ordnet die Trends und Entwicklungen mit einer vergleichenden Perspektive ein.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
fes.de/c19rex